

**Rede  
der kultuspolitischen Sprecherin**

**Kirsikka Lansmann, MdL**

zu TOP Nr. 38

Erste Beratung

**Gleiche Chancen im digitalen Lernen: Kostenfreie  
Tablets für Schülerinnen und Schüler ab Klasse 7**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
- Drs. 19/9252

während der Plenarsitzung vom 18.12.2025  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Unsere Schülerinnen und Schüler leben längst in einer digitalen Welt. Lernen, Kommunizieren und Informieren findet heute selbstverständlich auch digital statt. Schule muss diese Realität abbilden. Die Frage ist deshalb nicht mehr, *ob* digitale Bildung notwendig ist, sondern wie wir sie gerecht, verlässlich und pädagogisch sinnvoll gestalten. Genau darum geht es in diesem Antrag.

Wir stellen zum neuen Schuljahr ab Klasse 7 jahrgangsweise aufsteigend Schülerinnen und Schülern kostenfrei Tablets zur Verfügung. Damit setzen wir einen wichtigen Punkt aus unserem Koalitionsvertrag um, und wir zeigen: Auf diese Landesregierung ist Verlass!

Für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist dabei eines zentral: Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Natürlich haben wir uns intensiv die Frage gestellt: Muss wirklich jedes Kind ein Tablet bekommen?

Muss wirklich jedes Kind ein Tablet bekommen, auch dann, wenn Eltern es theoretisch selbst bezahlen könnten?

Wir haben diese Frage sehr sorgfältig abgewogen, und unsere Antwort ist klar: Ja, das ist der richtige Weg. Denn eine Ausstattung nach dem Einkommen der Eltern hätte viele Probleme mit sich gebracht.

Erstens. Ein solches Modell wäre bürokratisch gewesen. Eltern hätten Anträge stellen und Einkommen nachweisen müssen. Das kostet Zeit, bindet Personal und hätte den Start verzögert.

Zweitens. Es hätte Familien gezwungen, sich als bedürftig zu outen. Für viele ist das mit Scham verbunden. Schule muss aber ein Ort sein, an dem Kinder nicht bewertet oder unterschieden werden, sondern an dem alle gleich behandelt werden.

Drittens. Soziale Unterschiede wären im Klassenzimmer sichtbar geblieben. Man hätte gesehen, welche Kinder das Standardgerät haben und welche sich privat etwas Besseres leisten können.

Das soziale Gefälle wäre also nicht verschwunden, sondern verstärkt worden. Genau das wollen wir nicht. Deshalb sagen wir: Alle bekommen das gleiche Gerät - unbürokratisch, ohne Antrag, ohne Stigmatisierung.

Frau Kollegin, es gibt einen weiteren Wunsch nach einer Zwischenfrage: des Kollegen Führer.

Das ist nicht nur sozial gerecht, sondern auch praktisch sinnvoll. Wenn alle Kinder mit den gleichen Geräten arbeiten, wird der Schulalltag einfacher: für die Lehrkräfte, für die Schulen und für die Schulträger. Es gibt klare Regeln, welche Apps genutzt werden, wie Geräte verwaltet werden und wie Datenschutz eingehalten wird. Ja, das ist eine große Investition, aber es ist eine gut abgewogene und sinnvolle Investition in gleiche Chancen und in die Zukunft unserer Kinder.

Gleichzeitig ist uns wichtig: Gut funktionierende Konzepte sollen erhalten bleiben. Dort, wo Schulen bereits erfolgreich digital arbeiten, muss nicht alles neu gemacht werden, und Schulen, die noch Zeit brauchen, um Infrastruktur aufzubauen oder gute Medienkonzepte zu entwickeln, bekommen diese Zeit auch.

Der Zeitplan ist ambitioniert, das wissen wir. Aber gerade deshalb ist es entscheidend, dass offene Fragen jetzt geklärt werden. Die Kultusministerin führt dazu Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden. Uns ist wichtig, dass wir bei diesem großen Vorhaben eng mit den Kommunen zusammenarbeiten und gemeinsam tragfähige Lösungen finden.

Mit diesem Antrag machen wir deutlich, welche Punkte noch zu regeln sind, damit Schulen Verlässlichkeit haben und rechtzeitig wissen, wie die Umsetzung im nächsten Schuljahr aussehen wird.

Ein weiterer wichtiger Punkt: Gute digitale Bildung ist keine Einheitslösung. Deshalb ermöglichen wir gerade an berufsbildenden Schulen auch den Einsatz von Laptops - dort, wo sie pädagogisch sinnvoll sind. Das ist realistisch, praxisnah und orientiert sich an den tatsächlichen Anforderungen der Bildungsgänge.

Digitale Geräte allein reichen aber nicht aus. Schulen brauchen klare rechtliche und organisatorische Rahmenbedingungen: beim Datenschutz, bei der Geräteverwaltung, beim Support. Genau daran arbeitet das Land derzeit, systematisch und gemeinsam mit den Schulträgern. Und wir sagen auch klar: Ohne funktionierende Infrastruktur geht es nicht: WLAN, Bandbreiten und Serverstrukturen müssen stimmen. Deshalb ist der DigitalPakt Schule und insbesondere ein Digitalpakt 2.0 so wichtig. Niedersachsen setzt sich auf Bundesebene mit Nachdruck dafür ein, um die Kommunen weiter zu entlasten.

Besonders wichtig zu betonen ist außerdem, dass wir die Lehrkräfte mitdenken. Wer digitalen Unterricht gestalten soll, braucht selbst ein digitales Endgerät. Nur so können Unterricht vorbereitet, Materialien erstellt und Lernplattformen sinnvoll genutzt werden. Die geplante Ausstattung der Lehrkräfte ist deshalb kein Zusatz, sondern eine Voraussetzung für gutes und digitales Lernen.

Und zuletzt: Wenn wir über Tablets reden, reden wir nicht nur über Technik, wir reden über Medienkompetenz, über den kritischen Umgang mit Informationen, über den Schutz vor Desinformation, über verantwortungsvolles Handeln im digitalen Raum. Hier knüpfen wir an bestehende Angebote an und entwickeln sie weiter, damit sie auch wirklich im Unterricht ankommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit diesem Antrag schaffen wir mehr als ein Ausstattungsprogramm - wir schaffen Gerechtigkeit, Entlastung und Verlässlichkeit. Wir machen Bildungspolitik nicht fürs Schaufenster, sondern für den Schulalltag, und wir sorgen dafür, dass alle Kinder unabhängig von Herkunft, Einkommen und Wohnort die gleichen Chancen haben.

Ich freue mich auf die weiteren Beratungen im Ausschuss.

Vielen Dank.